



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

66. Sitzung (öffentlich)

5. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 12:30 Uhr

13:10 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Neuregelung der Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens („Kopfnoten“)

5

Vorlage 14/2097

In Verbindung mit:

Entwurf einer „Verordnung zur Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 Schulgesetz“ betreffend die Benotung des Arbeitsverhaltens und des Sozialverhaltens

Vorlagen 14/2143 und 14/2199

Hinzuziehung von Sachverständigen

Die Sachverständigen tragen Ihre Stellungnahmen vor und beantworten Fragen der Abgeordneten.

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Seitenzahlen kennzeichnen den Beginn der Wortbeiträge der Sachverständigen.

| Organisation/Verband | Sachverständige/r | Seite |
|--|--|---------------|
| Institut für Schulentwicklungs- forschung, Dortmund | Prof. Dr. Wilfried Bos | 7, 22, 42, 46 |
| Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW, Düsseldorf | Dr. Martina Ernst | 8, 20, 36 |
| Ruhr-Universität Bochum, Institut für Pädagogik | Juniorprofessorin Dr. Grit im Brahm | 10, 23, 37 |
| Philologenverband Nordrhein- Westfalen | Peter Silbernagel | 12, 35 |
| Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Nordrhein- Westfalen | Andreas Meyer-Lauber | 12, 33 |

Im Verlaufe der Beratung nehmen auch Ministerin Barbara Sommer und Staatssekretär Günter Winands zu dem Thema Stellung.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt den Vorlagen 14/2143 und 14/2199 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

2 Regelschule ist der erste Förderort - Gemeinsamen Unterricht gewährleisten

48

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4860

Der **Ausschuss** kommt überein, sich im Obleutegespräch über die Organisation und den Ablauf der Anhörung zu beraten.

3 Erfolgreichen Verbraucherschutz durch Stärkung der Finanzkompetenz junger Menschen fortsetzen 49

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7459

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt** dem Antrag **Drucksache 14/7459** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 50

Drucksache 14/7000

Erläuterungsband zum Einzelplan 05
Vorlage 14/2030, Vorlage 14/2148 und Vorlage 14/2149

Der Ausschuss berät die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge zum Einzelplan 05. Die Begründungen und Abstimmungen sind in Vorlage 14/2260 wiedergegeben.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt** dem **Einzelplan 05** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

5 Ganzttag an allen Schulformen der Sekundarstufe I ermöglichen und ein Landesprogramm „Zukunftsinvestition Ganzttag NRW“ einrichten 56

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5353

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt** den Antrag der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5353** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

**6 Qualitätsoffensive für unsere Schulen statt Fortsetzung der alten
Strukturdebatte** **60**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5531

In Verbindung mit:

**Gemeinsam pragmatische Lösungen finden - interfraktionelle
Kommission „Schule der Zukunft in NRW“ einrichten**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5713

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt** dem Antrag der CDU-Fraktion **Drucksache 14/5531** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Sodann **lehnt** der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5713** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

* * *

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Drucksache 14/7000

Erläuterungsband zum Einzelplan 05

Vorlage 14/2030, Vorlage 14/2148 und Vorlage 14/2149

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer verweist auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die als Tischvorlage vorlägen.

Ute Schäfer (SPD) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Fragen durch das Ministerium. Allerdings seien in letzter Zeit einige Dinge passiert, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die Finanzkrise, die mit voller Wucht getroffen habe, Sorge dafür, dass der jetzt vorliegende Entwurf für den Landeshaushalt 2009 in wesentlichen Punkten nicht mehr aussagekräftig sei. Denn in diesem Landeshaushaltsentwurf werde noch von einer Haushaltsprognose von 43,3 Milliarden € ausgegangen. Es würden Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,69 Milliarden € eingerechnet, wobei man von einer 4%-igen Steigerung ausgehe. Diese Einnahmeerwartung sei aufgrund der aktuellen Prognose für das Wirtschaftswachstum und den Konjunkturverlauf im Jahre 2009 auf keinen Fall zu halten.

Es gebe Gespräche und Beratungsbedarf auf Bundesebene, was Einfluss auf den Landeshaushalt haben werde - zum Beispiel die Erbschaftssteuer. Auch das sei ein Punkt im Haushalt, von dem man nicht wisse, ob er nicht jetzt schon Makulatur sei. Was den Risikofonds der WestLB betreffe, jenseits des Schirmes, der jetzt schon beansprucht werde, sei auch nicht bekannt. Aus diesen Gründen sei die SPD-Fraktion nicht in der Lage, seriöse eigene Anträge zu diesem Haushalt vorzulegen, sofern man nicht eine Ergänzungsvorlage des Finanzministers bekomme, um auf dieser Grundlage die Haushaltsberatungen machen zu können. Die SPD lege keine Anträge vor, berate aber intensiv, sodass sie zur zweiten Lesung des Haushalts entsprechende Anträge vorlegen werde, die seriös gegenfinanziert seien.

Sie schlage vor, heute nicht in die Tiefe der Beratungen einzusteigen, weil das auf dem Hintergrund der unsicheren Datenlage nicht möglich sei. Sie habe die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen zur Kenntnis genommen. Die Zielrichtung der Anträge - Ganztags, Weiterbildung und die sozialen Abfederungen im System - werde von ihrer Fraktion begrüßt und unterstützt. Allerdings könne ihre Fraktion aufgrund der von ihr gemachten Ausführungen den Anträgen nicht zustimmen, sondern werde sich in der Abstimmung der Stimme enthalten. Bevor man nicht wisse, was man in Nordrhein-Westfalen erwarten könne - am 8. November komme die nächste Steuerschätzung, die seriös mit eingebunden werden müsse -, sei alles, was man im Moment tue, eine schwierige Sache, was die Haushaltsberatungen angehe.

Sigrid Beer (GRÜNE) nimmt wie folgt Stellung. Der Ausschuss sollte sich mit dem Haushaltsentwurf, vorgelegt von der Landesregierung, auseinandersetzen, auch in dieser Situation, die schon längere Zeit bekannt sei. Die Grünen würden ein An-

tragspaket vorlegen, das den konjunkturellen Hintergrund berücksichtige und von der Überzeugung getragen sei, dass man für den Bildungsbereich investieren müsse, dass man auf die konjunkturelle Krisensituation reagieren müsse, und zwar in zweierlei Hinsicht, in Bezug auf das Investieren in Bildung und auf das Investieren in Bezug auf Klimaschutz. Die Gegenfinanzierung sei seriös, weil man spätestens ab 2012 mit Einnahmen aus dem Emissionshandel rechnen könne, was jetzt einen Vorgriff ermögliche und rechtfertige, damit die Zukunftsaufgaben jetzt angefasst werden könnten. Das sei die Begründung, dass man dies im Zusammenhang als Investitionsprogramm zusätzlich zu den Auseinandersetzungen mit den bereits getroffenen Positionen im Haushalt der Landesregierung treffen wolle. Sie werde die Anträge der Fraktion begründen und darlegen, warum man an der Stelle so agiere. Es könne nicht sein, dass sich der Fachausschuss nicht mit dem Haushalt für diesen Fachbereich auseinandersetze.

Klaus Kaiser (CDU) betont, der vorliegende und zu beratende Haushalt sei die Fortsetzung der Erfolgsstory bei der zusätzlichen Finanzierung des Schulwesens und der Bildung in Nordrhein-Westfalen. Er sei insgesamt sehr positiv zu bewerten. Aus Sicht der Regierungskoalition habe es sich bewährt, dass ein Haushalt ein Gesamtkunstwerk sei, das zusammengebunden werden müsse. Die Äußerungen von Frau Schäfer seien in die Richtung zu interpretieren. Es gebe von der CDU keine einzelnen Anträge in den Beratungen wie in den vergangenen Jahren auch, weil man die Gesamtverantwortung für den Haushalt insgesamt tragen müsse. Die Prioritäten, die im Haushalt gesetzt würden, fänden die volle Unterstützung der Koalitionsfraktionen. Es sei wichtig, dass die Möglichkeit der Kapitalisierung, der Übermittagsbetreuung auch für Ganztagschulen ermöglicht werde. Auch das werde nach vorne getrieben.

Mit dem Aufwuchs von 1,4 Milliarden € seit Regierungsübernahme könne man die Erfolgsstory gut fortsetzen. Es seien die richtigen Prioritäten gesetzt worden. Er gratuliere der Frau Ministerin, dass sie einen solchen Einzeletat habe vorlegen können. Da falle es nicht schwer, dem zuzustimmen.

Ihre Fraktion habe das Gesamtkonzept diskutiert und sei in der Lage, im Fachausschuss auf der Grundlage des Gesamtkonzeptes die Anträge einzubringen, stellt **Sigrid Beer (GRÜNE)** heraus. Der Fachausschuss sollte die Diskussion zum Haushalt führen, statt die Diskussion in den Haushalts- und Finanzausschuss zu verlagern und sich nur noch in der zweiten Lesung darüber auszutauschen. Die Antworten der Landesregierung auf die Fragestellungen zum Haushaltsentwurf machten deutlich, wie geschickt mit Zahlen umgegangen werde.

In Frage 1 gehe es einmal um den Unterschied der Zahlen im Haushaltsentwurf und im Erläuterungsband. In der Antwort heißt es, dass einmal das Haushaltsjahr der Bezug sei und einmal das jeweilige Schuljahr. Es sei sehr kunstvoll, einmal so und einmal anders zu argumentieren. Seriös sei es, wenn es um das Schuljahr gehe und wie das entsprechend ausgewiesen sei, wenn man einen wirklichen Stellenaufwuchs unterm Strich herausarbeiten wolle. Sie frage, an welchen Stellen man noch mit solchen Operationen zu tun habe.

In Frage 10 ihrer Fraktion gehe es um die Kosten der verbeamteten Lehrkräfte sowie der angestellten Lehrkräfte. In der Antwort heiÙe es, dass eine angestellte Lehrkraft im Jahr 2007 zwischen 40.000 € und 86.000 € gekostet habe. Dann werde ein arithmetisches Mittel gezogen. Mit Blick auf den Alterskegel frage sie, wie hoch die Belastungen tatsächlich da aussähen. Denn man werde mit den pi-mal-Daumen gerechneten Pauschalansätzen für eine Lehrerstelle von 50.000 € nicht klarkommen. Das Gleiche gelte in Bezug auf die verbeamteten Lehrkräfte. Es werde gesagt, dass im Mittel durchschnittliche Kosten von knapp 43.000 € zu verzeichnen seien. Wenn man den Alterskegel einberechne, komme man weit über 50.000 €. Da komme man mit dem Budget nicht hin. Hinzu komme die Lücke mit der Stichprobenerhebung zum Thema Unterrichtsausfall. Ein guter Teil von Lehrern komme gar nicht an Schulen an aus verschiedenen Gründen. Die virtuellen Stellen im System machten einen größeren Umfang aus.

In Frage 13 gehe es um die Mitteilung an die Bezirksregierungen, dass keine Grundschulklasse mehr als 30 Schülerinnen und Schüler haben dürfe. In der Antwort heiÙe es, mit dem Erlass werde lediglich auf die geltende Rechtslage hingewiesen. Das ändere nichts an der Notsituation in Bezirksregierungen, wo Stellen fehlten, um das zu unterfüttern und die kleineren Klassen zu bewerkstelligen. Sie bitte um Aufklärung mit Blick auf die tatsächlichen Kosten, die Gegenüberstellung der Pauschalansätze und die tatsächlichen Kosten in Bezug auf verbeamtete und angestellte Lehrerinnen und Lehrer und die Auswirkungen im Grundschulkapitel. Sie frage, ob zusätzliche Stellen den Bezirksregierungen zur Verfügung gestellt würden.

Leitender Ministerialrat Willi Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) führt aus, hinter der Frage von Frau Beer verberge sich die Sorge, das Geld könne zu knapp kalkuliert sein, um alle Lehrerstellen zu finanzieren. Er habe schon beim letzten Mal gesagt - das stehe auch in den Antworten -, dass man dafür einstehe, dass jede Lehrerstelle in Nordrhein-Westfalen sofort wieder besetzt werden könne.

Zu der Frage, ob das Budget reiche oder nicht: Es sei in der Tat schwer, bei einem Personalkörper von 150.000 Stellen bis aufs Komma genau auszurechnen, ob es reiche oder nicht. In der letzten Woche sei eine Abfrage zum Mittelabfluss 2008 durchgeführt worden. Nach all dem, was man wisse, reiche das Budget nicht nur, man habe, salopp gesagt, ein wenig zu viel.

In der Antwort auf die Frage, was Angestellte und was Beamte kosteten, seien Bandbreiten genannt worden. Dann gebe es auch konkrete Antworten, bezogen auf die Entgeltgruppe 11 und die Besoldungsgruppe A 12, auch da ganz zielgenau. Er verstehe die Sorge von Frau Beer nicht.

StS Günter Winands (MSW) stellt heraus, Frau Beer meine, die 50.000 € seien zu gering kalkuliert. In der Antwort heiÙe es, dass A 12 im Durchschnitt 42.000 € koste. Die Zukunftssicherung, die Pensionskosten seien einbezogen. Die Kalkulationsgrundlage sei schon richtig.

Man profitiere vom Verjüngungsprozess. Im Moment würden viele Neueinstellungen vorgenommen. Es würden jüngere Kolleginnen und Kollegen einbestellt, die Älteren

gingen mit höheren Stufen in ihre Pension. In diesem gewaltigen Verjüngungsprozess stelle man junge Kolleginnen und Kollegen ein, die unten anfangen würden. Gleichzeitig habe man eine Pensionslawine. Das mache einen erheblichen Betrag aus, den man einkalkulieren müsse.

Ministerin Barbara Sommer (MSW) unterstreicht, die Auseinandersetzung, was Haushaltsjahr und was Schuljahr sei, sei gängige Praxis in allen Haushalten. Wenn man sage, das sei eine Operation, dann habe das den Anschein, als würde irgendein Trick angewendet. Das weise sie zurück.

Was die großen Klassen angehe, so sei deutlich gemacht worden, dass es eines neuen Erlasses nicht bedürfe, um zu sagen, 30 sei Limit im Grundschulbereich. Man habe dafür Sorge getragen, dass genügend Lehrer und Lehrerinnen für kleinere Klassen zur Verfügung stünden. Dass sich manche Schulen entschieden, den 31. Schüler oder die 31. Schülerin nicht zu verwenden, um zwei Klassen zu bilden, liege auch daran, dass man pädagogische Gründe dafür habe. Das müsse man ihnen überlassen. Wenn man eine gut funktionierende Sozialstruktur in der Klasse habe, überlege man sich, ob man die Klasse 4 noch einmal aufteile. Man müsse immer den Einzelfall bedenken und die Reaktion der Schule in ihrer Eigenverantwortlichkeit mit einbeziehen.

Es sei wichtig, welche Bezugsgrößen es für Argumentationen in der Darstellung vom Haushalt - Stichwort Stellenaufwuchs - gebe, meint **Sigrid Beer (GRÜNE)**. Herr Knevels sage, jede Stelle werde wiederbesetzt. Das erinnere sie an den Satz, die Rente sei sicher. Wenn sie sich im Augenblick die Öffnung der Einstellungserlasse ansehe, dann sei deutlich, wie groß die Schwierigkeiten seien, die Fachlehrerstellen zu besetzen. Sonst würde man zu dem Instrument nicht greifen. Das spiegele auch die Situation wider, die sie in zahlreichen Petitionen vorfinde. Man müsste Wege für qualifizierte Menschen öffnen. Auf der anderen Seite seien in den Schulen offensichtlich die geeigneten Bewerberinnen und Bewerber gerade aufgrund des fachbezogenen Mangels nicht zu finden. Das spiegele das Dilemma wider, in dem man in der Steuerung stecke.

Zu den Berechnungen: Herr Winands habe gesagt, dass man davon profitiere, dass jetzt Jüngere eingestellt würden. Sie frage, welche Stufe der Entgeltgruppe angesetzt sei. Wenn man immer nur den Eingangssatz annehme, habe man eine Unterdeckung. Dann sei es interessant, noch einmal zu beleuchten, welche Altersanteile im Augenblick in den Lehrerkollegien da seien. Sie glaube schon, dass deutlich werde, dass das nicht auskömmlich sei. Diese Ausführungen seien ihr zu pauschal.

Es sei nicht die Stufe 1, sondern es sei der Durchschnittsbetrag über alle Stufen, der angesetzt werde, entgegnet **StS Günter Winands (MSW)**. Das sei die offizielle Planungsgrundlage für ein Ausgabenbudget. Man könne davon ausgehen, dass die Kollegen aus dem Finanzministerium schon darauf achteten, dass man die ordentlichen Sätze angebe. Es würde zu Haushaltsproblemen führen, wenn man jede Stelle besetzen dürfe und nicht die entsprechenden Budgets einplanen würde. Ein Finanzmi-

nister gucke in der heutigen Zeit, dass das Budget eingehalten werde. Er denke eher, er müsse die Sätze höher setzen. Den größten Teil habe man im Beamtenbereich. Ein Beamter in A 13 oder A 14 habe, der älter sei, sei er an der Endstufe angekommen. Das mache einen erheblichen Betrag aus. Natürlich stelle man einen A-13-Beamten, einen jungen Studienrat entsprechend seinem Lebensalter ein. Ein Beamter bekomme über die Zeit mehr, wenn er älter werde. Sehr viele Leute seien in Pension gegangen, unten würden ganz viele Leute eingestellt. Zum 12. November würden 4.500 Stellen ausgeschrieben. Entsprechend gewinne man Luft in einem Personalhaushalt.

Klaus Kaiser (CDU) legt dar, zuzeiten von Rot-Grün sei massiv Propaganda gegen Lehrerinnen und Lehrer gemacht worden. Heute habe man eher das Problem, eine entsprechende Anzahl an Lehrerinnen und Lehrern zu rekrutieren. Vor sechs, sieben Jahren hätten zu wenige ein Studium angefangen. Ein bekannter Lobbyist der Gasindustrie habe gesagt, Lehrer seien faule Säcke. Das habe Auswirkungen gehabt. Er verstehe die Fragestellung von Frau Beer nicht. Es werde nicht über das Budget gespart, wie es früher möglich gewesen sei. Früher seien die Budgets so eng geschnitten gewesen, dass man durch Nichtbesetzung, durch Wiederbesetzungssperren versucht habe, mit dem Budget klarzukommen. Heute sei es so, dass das Budget ausreichend finanziert sei. Es gebe eher ein Problem, die Fachlehrer zu rekrutieren, was übrigens nicht über den Mangelfacherlass zu regeln wäre. Man sei offensiv in der Lehrereinstellung und mache damit deutlich, dass Bildung hohe Priorität habe. Es liege nicht am Budget, es liege am Lehrermarkt.

Sigrid Beer (GRÜNE) hält fest, auch Herr Kaiser sehe die Problemlage, dass man einen Fachlehrerkräftemangel habe, um den man sich dringend kümmern müsse.

Ministerin Barbara Sommer (MSW) legt dar, sie gebe zu, dass nicht alles optimal laufe. Sie habe vor zwei Tagen im Ausbildungskonsens über das Problem der Berufskollegs referiert, welche Problemsituation es da gebe. Bestimmte Fächer könnten nicht abgedeckt werden. Man habe eine Fülle von Maßnahmen ergriffen, die vielleicht nicht die ideale Lösung darstellten, aber Sofortmaßnahmen darstellten. Lehrerinnen und Lehrer fielen nicht vom Himmel. Das wisse man sehr lange. Das Problem sei erkannt worden.

Sodann berät der **Ausschuss** die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge zum Einzelplan 05. Die Begründungen und Abstimmungen sind in Vorlage 14/2260 wiedergegeben.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt**
dem **Einzelplan 05** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und

der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.